

## ÖPNV-Streik am 11. März: Ver.di kämpft für bessere Löhne!

Am 11. März 2025 drohen betriebsnahe ÖPNV-Streiks im Rhein-Sieg-Kreis. ver.di kämpft für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen.



Am 11. März 2025 kündigt die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) umfassende betriebsnahe Streikmaßnahmen im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) an. Diese Entscheidung folgt den ergebnislosen Tarifverhandlungen, die am 18. Februar 2025 in Potsdam stattfanden, und soll ein deutliches Zeichen für bessere Bezahlung und attraktive Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst setzen. Ver.di erinnert zudem an die Vielzahl der Beschäftigten, die von den aktuellen Konflikten betroffen sind, und fordert zur Teilnahme an den Streiks auf.

Betroffene Unternehmen sind unter anderem die Kölner Verkehrs-Betriebe (KVB), die Stadtwerke Bonn Bus und Bahn

sowie die Rhein-Sieg-Verkehrsgesellschaft (RSVG). Betül Dietz, die Sprecherin der ver.di-Vertrauensleute bei der KVB, äußert sich verärgert über die mangelnden Signale der Arbeitgeberseite, während Frank Michael Munkler, Gewerkschaftssekretär, die Möglichkeit von ausgeweiteten Streiks in Aussicht stellt. Die Gewerkschaft drängt auf eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen, insbesondere angesichts des aktuellen Personalmangels.

## **Forderungen von ver.di**

Im Rahmen der derzeitigen Tarifrunde fordert ver.di unter anderem eine Lohnerhöhung von 8 % oder mindestens 350 Euro mehr monatlich. Außerdem sollen die Zuschläge für belastende Tätigkeiten angehoben, die Ausbildungsvergütungen um 200 Euro pro Monat erhöht und drei zusätzliche freie Tage gewährt werden. Ein innovatives „Meine-Zeit-Konto“ soll den Beschäftigten mehr Zeitsouveränität ermöglichen. Diese Forderungen zielen darauf ab, die Attraktivität der Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst zu erhöhen und die Arbeitsbelastungen der Beschäftigten zu reduzieren.

Ähnlich reagieren die Beschäftigten in unterschiedlichen Bereichen des öffentlichen Sektors. Zehntausende von Menschen aus Pflege, Kitas, Müllentsorgung, Sozialarbeit, Nahverkehr, Kommunalverwaltungen und Bundesbehörden haben bereits ihre Arbeit niedergelegt. Rund 45.000 Beschäftigte beteiligten sich zuletzt an den Streiks, darunter auch eine Demonstration mit etwa 2.000 Teilnehmern am Kölner Neumarkt.

## **Weitere Entwicklungen und zukünftige Verhandlungen**

Die nächste und dritte Verhandlungsrunde in diesem Tarifkonflikt findet vom 14. bis 16. März 2025 erneut in Potsdam statt. Diese Verhandlungen sind Teil eines umfassenden

Prozesses, der mehr als 2,5 Millionen Beschäftigte im öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen betrifft, deren bisheriger Tarifvertrag am 31. Dezember 2024 endet. Ver.di führt die Tarifverhandlungen auch im Namen anderer Gewerkschaften, darunter GdP, GEW, IG BAU und den dbb beamtenbund und tarifunion.

Zusätzlich berichten diverse regionale Streiks und Warnstreiks in ganz Deutschland von einer wachsenden Unzufriedenheit unter den Beschäftigten. Ein Vorfall, der die aktuelle Lage zusätzlich belastet, ereignete sich am 13. Februar 2025, als ein Fahrzeug in einen Streikzug in München raste, wodurch mindestens 28 Menschen verletzt wurden. Er wurde von Bayerns Ministerpräsident Markus Söder als „mutmaßlicher Anschlag“ bezeichnet.

Die Gewerkschaften hoffen, durch die Streikmaßnahmen und ihre Forderungen den Druck auf die Arbeitgeber zu erhöhen und letztlich zu einem verbesserten Ergebnis in den Tarifverhandlungen zu gelangen. Die anhaltenden Streiks und die bevorstehenden Verhandlungen spitzen sich weiter zu und werden aufmerksam verfolgt.

#### Details

##### Quellen

- [koeln-bonn-leverkusen.verdi.de](https://koeln-bonn-leverkusen.verdi.de)
- [www.verdi.de](https://www.verdi.de)

**Besuchen Sie uns auf: [aktuelle-nachrichten.net](https://aktuelle-nachrichten.net)**